

---

Karl Kaiser

## Transatlantische sicherheitspolitische Verantwortung

Die transatlantischen Beziehungen bleiben für die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands von zentraler Bedeutung, prägen die Herausbildung neuer Verantwortung der deutschen Außenpolitik und wirken nachhaltig auf die Entwicklung der Weltordnung.

### Zur Zentralität der transatlantischen Beziehungen

Das 1990 erneut vereinigte Deutschland verdankte seine Sicherheit während des Kalten Krieges wie auch die Vereinigung selbst zu einem wesentlichen Teil der Politik der Vereinigten Staaten.<sup>1</sup> Es war ein Sonderverhältnis von besonderer Intensität, nicht nur wegen der alliierten Sonderrechte, sondern wegen der überragenden Bedeutung, die Amerika beim Wiederaufbau der deutschen Demokratie und Wirtschaft und vor allem bei der Gewährleistung der Sicherheit Berlins und Westdeutschlands vor einer sowjetischen Aggression spielte.

Die Regelungen, die zur Vereinigung Deutschlands führten, beendeten die Sonderrechte der USA als einer der früheren Besatzungsmächte sowie die Einschränkungen der deutschen Souveränität. Auch veranlasste das Ende des Ost-West-Konflikts – insbesondere der Zusammenbruch des Warschauer Pakts und der Sowjetunion – viele Beobachter, die Abhängigkeit Deutschlands vom amerikanischen Schutz für überholt und die Bedeutung Amerikas für die deutsche Sicherheit als dramatisch reduziert anzusehen. Hier und da wurde sogar die NATO als überflüssiges und abzuschaffendes Relikt des Kalten Krieges angesehen.

Dieser Meinungstrend kehrte sich jedoch bald um, als die Kriege auf dem

---

<sup>1</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch Karl Kaiser, »Wie unentbehrlich ist Amerika für Deutschland?« In Xuewu Gu, Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.), Was Deutschland und die Welt im Innersten zusammenhält, Sankt Augustin/Berlin, Konrad-Adenauer-Stiftung 2015, S. 103–116.

Balkan die Unfähigkeit Europas demonstrierten, die Konflikte einzudämmen, und die USA eingreifen mussten, um das Blutvergießen zu beenden. Dies geschah trotz der damaligen, gewichtigen Fortschritte der EU auf dem Wege zu einer gemeinsam Außen- und Sicherheitspolitik. Auch setzte sich die Meinung durch, dass trotz der weitgehend verschwundenen Möglichkeit einer offenen Aggression aus dem Osten die neuen Sicherheitsbedrohungen, die aus Instabilität, zerfallenden Staaten, Genoziden, ethnischen Säuberungen oder Terrorismus rührten, eine nach wie vor enge Kooperation zwischen Amerika und Europa erforderten. Die NATO-Strategie änderte sich entsprechend. Die Terror-Angriffe des 11. September 2001 vertieften diese Erkenntnis und veranlassten Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Erklärung der »uneingeschränkten Solidarität« mit den USA.

Deutschland beteiligte sich wie einige andere europäische Mächte an der von den USA organisierten militärischen Intervention in Afghanistan im Gefolge dieser Angriffe wie auch an der späteren NATO-Intervention. Zugleich war jedoch das deutsch-amerikanische Verhältnis von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten gekennzeichnet: über die Intervention in den Irak, die Deutschland gemeinsam mit Frankreich (und Russland) nicht mittrug; über der Frage der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens, wo Berlin sich gegen die amerikanische Politik einer baldigen Aufnahme sperrte; über die Intervention in Libyen, wo Deutschland sich in den Vereinten Nationen enthielt und eine Beteiligung ablehnte. Hinzu kam die Verstimmung, die die Enthüllungen über die Überwachung und das Ausspionieren deutscher Politiker und Institutionen durch CIA und NSA auslösten.

Die Gemeinsamkeit außenpolitischer und wirtschaftlicher Interessen sowie die über Jahrzehnte gewachsene Affinität und dichte Kooperation zwischen beiden Ländern ließen jedoch diese Divergenzen in den Hintergrund treten. Noch mehr trugen dazu Russlands Annexion der Krim und seine Intervention in der Ost-Ukraine bei. Der Bruch der mit russischer Beteiligung beim Ende des Kalten Krieges getroffenen Vereinbarungen, die eklatante Verletzung des die territoriale Integrität der Ukraine garantierenden Abkommens über seine Denuklearisierung und nicht zuletzt Moskaus Inanspruchnahme eines Rechts auf Intervention in andere Staaten zum Schutz russischer Personen signalisierten das Ende der nach der Überwindung des Ost-West-Konflikts geschaffenen europäischen Ordnung. Die Notwendigkeit klassischer Verteidigung und Abschreckung kehrte zurück und damit die Neubelebung der NATO mit den Beschlüssen des Gipfels von Wales sowie der unentbehrlichen Rolle der USA bei der Organisation der europäischen Sicherheit. Die danach von Präsident Barack Obama ergriffenen Schritte – die Entsendung von Truppen und Material sowie seine Reise nach Osteuropa – manifestierten erneut diese Sonderrolle und wirkten nachhaltig als Signal der Entschlossenheit gegenüber Russland wie auch

als Demonstration der »reassurance« gegenüber den östlichen Mitgliedern der NATO. Umgekehrt gilt aber auch, dass eine langfristige Russland-Politik, die auf eine konstruktive Rolle Russlands in der europäischen Sicherheit abzielt, einen transatlantisch abgestimmten Ansatz erfordert.

Auch in der Ukraine-Politik stellte sich bald Gemeinsamkeit zwischen den USA und der EU her, wenngleich einige Kräfte im Kongress im Gegensatz zu den Europäern die Ukraine militärisch unterstützen wollten. Es war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die im Gleichklang mit Washington eine Politik abgestufter Sanktionen gegenüber Russland entwickelte und gegen Widerstände im eigenen Land und der EU durchsetzte.

Zwar wurde unter Präsident Obama das weltpolitische Engagement der USA zurückhaltender und auch ein »rebalancing« zur asiatisch-pazifischen Region angekündigt, jedoch bleibt Amerika in allen für Deutschland und Europa relevanten sicherheitspolitischen Herausforderungen aufgrund seiner nach wie vor überragenden Machtstellung in der Welt und der Gemeinsamkeit der Interessen ein unentbehrlicher Partner.

Dies gilt vor allem für den Nahen Osten, der einen tiefgreifenden und mit viel Gewalt verbundenen Umbruch durchläuft und wo der syrische Bürgerkrieg, die russische Intervention in Syrien, die Barbarei von ISIS oder die iranische Politik, um nur einige neuralgische Probleme zu nennen, amerikanisches Engagement erfordern. Europäische und deutsche Interessen sind unmittelbar betroffen, wie der von den Konflikten bewirkte Massenexodus von Flüchtlingen nach Europa und Deutschland besonders dramatisch demonstriert.

Aber auch die zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen jenseits der europäischen Peripherie erfordern transatlantische Kooperation: die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Bekämpfung des Terrorismus, Cyber-Sicherheit oder die zunehmenden Spannungen zwischen China und seinen Nachbarn (die eine vornehmlich kommerziell ausgerichtete Asien-Politik der Europäer bisher weitgehend ignorierte).

Nordamerika und die EU bleiben als die beiden weltgrößten Wirtschaftsgebiete noch auf lange Zeit die zentrale Region der Weltwirtschaft. Nirgendwo ist die Verflechtung durch Binnenhandel, Investitionen und Austausch von Know-How so intensiv wie hier. Für Deutschland ist seit neuem Amerika zum Haupthandelspartner geworden. Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) ist ungeachtet des Widerstands einiger gesellschaftlicher Gruppen von überragender wirtschaftlicher und geopolitischer Bedeutung, denn sie würde nicht nur die Integration der Wirtschaft unter den atlantischen Demokratien vertiefen, sondern eine Vielfalt neuer Regeln festlegen, die sich an Prinzipien liberaler Wirtschaftsordnung orientieren und die auch aufsteigende Wirtschaftsmächte wie China längerfristig binden würden.

## Zur deutschen Rolle

Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik entwickelte sich in einem fast ausschließlich atlantischen Rahmen. Während des Ost-West-Konflikts blieben europäische Ansätze unbedeutend oder scheiterten wie das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. (West-)Deutschland wurde innerhalb der NATO zur größten konventionellen Streitmacht zur Verteidigung Zentraleuropas. Zugleich war jedoch ihre Außen- und Sicherheitspolitik zutiefst von der Vergangenheit geprägt: einer »Kultur der Zurückhaltung«, bestehend aus einem »never again«, »never alone« und »politics before force«, d.h. der Zurückweisung der aggressiven Politik der Vergangenheit, der Notwendigkeit des Handelns im Verbund mit Partnern und der Präferenz für politische vor militärischen Ansätzen.<sup>2</sup>

In den Jahren nach der Vereinigung erweiterte die Bundesrepublik behutsam das Betätigungsfeld ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Dies geschah im diplomatischen Bereich neuer Regelungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Entwicklung europäischer Kapazitäten wie auch beim Einsatz der Bundeswehr bis schließlich hin zum ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit dem zweiten Weltkrieg in der NATO-Intervention in Kosovo. Hinzu kamen dann Einsätze der Bundeswehr in EU-Operationen, in der »Koalition der Willigen« in Afghanistan nach den Angriffen des 11. September 2001 und die Beteiligung an der NATO-Intervention in Afghanistan. Trotz dieser wichtigen Lernerfahrungen, die eine Anerkennung der positiven Funktion von militärischen Mitteln zur Friedensdurchsetzung implizierte, hielt sich in Deutschland das alte pazifistische Rollenverständnis mit bemerkenswerter Hartnäckigkeit.<sup>3</sup>

Wie Umfragen wiederholt zeigten, wendet sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen militärisches Engagement außerhalb der eigenen Grenzen, befürwortet eine Mittelposition zwischen Ost und West und lehnt es sogar ab, ungeachtet des Beistandsartikels V des NATO-Vertrags einem angegriffenen NATO-Partner Hilfe zu leisten. Auch war die Weigerung Deutschlands, sich an der Invasion des Irak zu beteiligen, z. T. von dieser Stimmung beeinflusst (auch wenn sie strategisch richtig war), und sicherlich traf dies für die deutsche Entscheidung zu, sich bei der Sicherheitsratsabstimmung zu Libyen zu enthalten und eine Mitwirkung an der Intervention abzulehnen.

Es muss die Diskrepanz zwischen dem Rollenverständnis der Mehrheit der Deutschen und der vom Ausland mit zunehmender Dringlichkeit geforderten

---

2 Hanns W. Maull, »Deutsche Außenpolitik – Verantwortung und Macht«, in Gunther Hellmann, Daniel Jacobi, Ursula Stark Urrestarazu (Hrsg.), »Früher, entschiedener und substantieller? Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik Sonderheft 6 der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Wiesbaden, Springer VS, 2015, S. 213–237.

3 Ebenda.

und der deutschen politischen Klasse auch so gesehene Notwendigkeit größeren außenpolitischen Engagements gewesen sein, die dazu führte, dass auf höchster Ebene gehandelt wurde. Gleichzeitig forderten und versprachen Bundespräsident Joachim Gauck, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2014 die Übernahme größerer Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik durch die Bundesrepublik. Um das öffentliche Interesse an einer aktiveren Außenpolitik zu fördern, führte das Auswärtige Amt eine groß angelegte Befragung in- und ausländischer Experten über die deutsche Außenpolitik durch, deren Ergebnisse dann in einer Vielfalt von Veranstaltungen in der deutschen Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt wurden.<sup>4</sup>

Weiter oben wurde dargelegt, dass keine der zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen Europas und Deutschlands ohne eine enge Kooperation mit den USA zu bewältigen ist. Dies gilt auch für die Bemühung um ein längerfristig positives Verhältnis mit Russland. Für die Weiterentwicklung deutscher außenpolitischer Verantwortung bedeutet dies, dass sie begleitet sein muss von einer engen Kooperation mit den USA. Dies ergibt sich nicht nur aus der Natur der zu lösenden Probleme, sondern auch aus der Führungsstellung der Bundesrepublik in der EU. Auch bedeutet dies nicht, dass beide Politiken immer übereinstimmen müssen. Es wird in Einzelfragen immer unterschiedliche Interessen geben, vor allem dann, wenn Deutschland seiner Aufgabe gerecht werden will, divergierende Interessen unter den EU-Mitgliedern zu einer gemeinsamen Position zusammenzuführen.

Eine wachsende Verantwortung der Bundesrepublik muss selbstverständlich über ihre wirtschaftliche Rolle hinausgehen. Eine Bezeichnung Deutschlands als »semihegemoniale geoökonomische Macht«<sup>5</sup>, die als »*Germany inc.* ...wenige Verbündete, aber viele Kunden und Zulieferer hat«<sup>6</sup> klammert wesentliche Dimensionen der Vergangenheit deutscher Außenpolitik aus, nämlich die wichtigen Entscheidungen, die keineswegs von wirtschaftlichen Interessen bestimmt waren wie beispielsweise die Beteiligung an den militärischen Interventionen in Kosovo und Afghanistan, die Nichtbeteiligung an den Interventionen im Irak und Libyen oder die gegen die eigenen wirtschaftlichen Interessen getroffene Sanktionspolitik in der Ukraine-Krise. Wichtiger noch, eine ausschliesslich auf wirtschaftliche Interessen ausgerichtete Außenpolitik würde der gewachsenen

4 Vgl. [www.aussenpolitik-weiter-denken.de](http://www.aussenpolitik-weiter-denken.de).

5 Hans Kundnani, *The Paradox of German Power*, London. Hurst 2014.

6 Stephen F. Szabo, »Vom potenziellen Führungspartner zur ›Nein-Nation‹. Deutschlands neue Außenpolitik aus dem Washingtoner Blickwinkel«, in: Gunter Hellmann, op. cit., S. 448.

Rolle Deutschlands als »die Zentralmacht Europas«<sup>7</sup> oder als »Macht in der Mitte«<sup>8</sup> nicht gerecht werden. Die deutsche Politik zur Ukraine-Krise setzt in dieser Hinsicht zukunftsgemäß die richtigen Maßstäbe.

## Transatlantische Beziehungen und Weltordnung

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss, um eine Chance auf Erfolg zu haben, transatlantisch abgestützt sein. Dies gilt auch dann, wenn sie, was zu hoffen ist, Teil einer Politik der EU ist. Eine erfolgreiche transatlantische Sicherheitspolitik leistet einen entscheidenden Beitrag zu einer stabileren und friedlicheren Weltordnung.

Zwischen Nordamerika und Westeuropa ist – vor allem nach dem zweiten Weltkrieg – eine atlantische Zivilisation entstanden.<sup>9</sup> Hier entwickelte sich unter amerikanischer Führung eine Gemeinschaft von Demokratien mit einer Tradition der Vernetzung und Kooperation unter den Regierungen und einer Intensität der Interaktion von Eliten wie in keiner anderen Region der Welt. Wirtschaftlich entwickelte sich die atlantische Region zum Zentrum der Weltwirtschaft, deren Organisation sich an den von den USA inspirierten und von ihnen durchgesetzten liberalen Grundprinzipien orientierte. Der Marshall Plan und die von den USA geförderte Integration Westeuropas waren hierbei wesentliche Elemente. Es entstand ein Wirtschaftsgebiet mit einem Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Know-How und Investitionen, deren Intensität ebenfalls in keiner anderen Region der Welt anzutreffen ist. Darüber hinaus sorgten die amerikanische Führung und aufgeklärte politische Kräfte in Europa dafür, dass auf sicherheitspolitischem Gebiet eine »security community« (im Sinne von Karl Deutsch) entstand, in der Krieg als Mittel der Austragung von Konflikten verlässlich ausgeschlossen ist. Die atlantische Region ist zu einer echten Friedenszone unter ihren Staaten geworden – ein wahrhaft bemerkenswertes Ergebnis des so blutigen 20. Jahrhunderts.

In einem politischen Umfeld, in dem Russland die nach dem Ende des Kalten Krieges entwickelten Regeln für eine friedliche europäische Ordnung gebrochen hat, wo eine barbarische ISIS Gewalt im Nahen Osten und in den europäischen Gesellschaften verbreitet und wo mannigfache Konflikte in Afrika und Asien

---

7 Hans-Peter Schwarz, *Die Zentralmacht Europas, Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin, Siedler 1994.

8 Herfried Münkler, *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*, Hamburg, Edition Körber 2015.

9 Eingehender dargelegt in Karl Kaiser, »Atlantische Zivilisation«, in Ludger Kühnhardt, Tilman Mayer et al. (Hrsg.), *Bonner Enzyklopädie der Globalität*, Wiesbaden, Springer VS, im Druck.

stattfinden oder drohen, ist der Erhalt dieser Insel der atlantischen Zivilisation mit seinem Bestand an Demokratie und seinem inneren Frieden von richtungweisender Bedeutung für die globale Politik. Eine seiner Verantwortung gerecht werdende transatlantische Sicherheitspolitik Deutschlands muss hierzu beitragen.

### Literaturverzeichnis

- Hanns W. Maull, »Deutsche Außenpolitik – Verantwortung und Macht«, in Gunther Hellmann, Daniel Jacobi, Ursula Stark Urrestarazu (Hrsg.), »Früher, entschiedener und substantieller«? Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik Sonderheft 6 der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Wiesbaden, Springer VS, 2015, S.213–237.
- Hans Kundnani, *The Paradox of German Power*, London. Hurst 2014.
- Hans-Peter Schwarz, *Die Zentralmacht Europas, Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin, Siedler 1994.
- Herfried Münkler, *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*, Hamburg, Edition Körber 2015.
- Stephen F. Szabo, »Vom potenziellen Führungspartner zur ›Nein-Nation«. Deutschlands neue Außenpolitik aus dem Washingtoner Blickwinkel«, in: Gunter Hellmann, op. cit., S. 448.

